

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Doris Achelwilm, Dr. Petra Sitte, Simone Barrientos, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**– Drucksache 19/24002 –**

**Queere Menschen und ihre Infrastrukturen während der COVID-19-Pandemie besser schützen und unterstützen**

### **A. Problem**

Nach Ansicht der antragstellenden Fraktionen seien queere Menschen unter dem Sammel-Label LSBTIQ von der Corona-Pandemie erheblich betroffen, weil ihre Infrastrukturen und Schutzräume wie z. B. Beratungsstellen, Kneipen, Jugendtreffpunkte, Selbsthilfe-Gruppen und Clubs starken Einschränkungen unterlägen. Weiterhin schlugen strukturelle Ungleichheiten und Unterversorgungen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch, im Gesundheitswesen und anderen Bereichen auf queere Menschen in neuer Qualität durch. Weiterhin befänden sich queere Geflüchtete in der Situation, dass viele Rechtsdienstleistungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vorübergehend eingestellt wurden und Formen von LSBTIQ-Feindlichkeit in Sammelunterkünften unter dem Druck der Pandemie-Ereignisse zugenommen hätten.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.**

### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

### **D. Kosten**

Hinsichtlich des Inhalts der abschließenden Beratung wird auf die Ausführungen der Fraktionen verwiesen.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/24002 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

**Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

**Sabine Zimmermann (Zwickau)**  
Vorsitzende

**Marcus Weinberg (Hamburg)**  
Berichterstatter

**Susann Rüthrich**  
Berichterstatterin

**Nicole Höchst**  
Berichterstatterin

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-  
Neckar)**  
Berichterstatter

**Doris Achelwilm**  
Berichterstatterin

**Ulle Schauws**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Marcus Weinberg (Hamburg), Susann Rührich, Nicole Höchst, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Doris Achelwilm und Ulle Schauws**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/24002** in seiner 227. Sitzung am 6. Mai 2021 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur alleinigen Beratung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion müssten queere Menschen und ihre Infrastrukturen während der COVID-19-Pandemie besser geschützt und unterstützt werden. Der Deutsche Bundestag solle daher die Bundesregierung unter anderem dazu auffordern,

1. zeitnah einen Runden Tisch mit zivilgesellschaftlichen LSBTIQ-Verbänden und -Organisationen aus Städten und ländlichen Räumen sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Gesundheit, Verwaltung und Wirtschaft einzuberufen, der bereichsübergreifend über die spezifischen Problemlagen queerer Menschen und Infrastrukturen in der Corona-Krise berate;
2. einen Gesetzentwurf mit dem Ziel vorzulegen, die Fortschreibung des Überbrückungs-Hilfe-Programms nicht allein auf die Kompensation von Betriebskosten zu beschränken, sondern auch die Einkommenssicherung in der Form eines Unternehmerlohns in Höhe von monatlich 1.200 Euro zu ermöglichen;
3. bei familienpolitischen Hilfen und pandemiebezogenen Maßnahmen im Wirkungsbereich von Bedarfsgemeinschaften und Privathaushalten die vielschichtige Realität von Familienmodellen zu berücksichtigen;
4. Angebote nach den §§ 11 bis 13 SGB VIII betreffend Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit mit einem Investitionsprogramm für queere Jugendliche auszustatten, welches bundesweit Jugendzentren und Krisenwohnungen für queere Jugendliche fördere;
5. zeitnah eine qualifizierte Studie zur Erforschung intersektionaler Diskriminierungsformen und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen LSBTIQ zu beauftragen;
6. im Zuständigkeitsbereich des BMG darauf hinzuwirken, dass speziell für queere Menschen relevante Leistungen der Gesundheitsvorsorge wie Hormonbehandlungen, HIV-Präparate, Transitionen, Angebote der sexuellen Gesundheit sowie psychologische Beratungen mindestens gewährleistet blieben;
7. mehrsprachige Beratungs- und Hilfsangebote für queere Geflüchtete bedarfsgerecht sicherzustellen.

### **III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/24002 in seiner 97. Sitzung am 19. Mai 2021 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erläuterte, die dem Antrag zugrundeliegende Situation sei nach wie vor aktuell. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie betreffen auch Infrastrukturen, die von queeren Menschen aufgebaut worden seien und genutzt würden. Das sei in wirtschaftlicher Hinsicht sowohl für Clubs und Lokale entscheidend, aber auch Beratungsstrukturen für Jugendliche seien davon betroffen. Im Lockdown sei es zu Schließungen gekommen, Einnahmen fehlten dementsprechend oder in bestimmten Situationen steige mit Blick auf den Haushalt der Druck, Kosten zu sparen, weil die Ausgaben immens anstiegen. Entsprechend groß sei die Besorgnis in der Szene.

Es wäre dramatisch, wenn es hier hinsichtlich der langjährig und auch oft gegen Widerstände aufgebauten Strukturen zu Einbußen käme. Die Fraktion habe den Antrag aufgesetzt, um die sich in der Szene darstellende Gesamtgemengelage auch vor dem Hintergrund entsprechender medialer Berichterstattung zusammenzutragen. Dazu gebe es bereits erste Studien. Es müsse noch in dieser Legislaturperiode, mit Blick auf die in der nächsten Legislatur zu führenden Haushaltsberatungen, gehandelt werden. Ein starkes Augenmerk sei darauf zu legen, dass diese Strukturen gestärkt würden. Sie würden mehr denn je gebraucht. Die Fraktion wünsche sich die Einrichtung Runder Tische mit zivilgesellschaftlichen Verbänden, die sich in dieser Angelegenheit engagierten und, dass das Thema regierungspolitisch höher aufgehängt werde, als es in dieser Legislaturperiode der Fall gewesen sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** gab an, sie finde es richtig, auf die Bedürfnisse und Situationen besonderer Bevölkerungsgruppen zu schauen, auch besonders auf die der queeren Menschen, die, wie viele andere auch, unter der Corona-Pandemie und den Auswirkungen ihrer Bekämpfung sehr litten. Sie wies darauf hin, dass die Koalition, teilweise auch mit Zustimmung der Oppositionsfraktionen, deshalb auch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie einer ständigen Überprüfung unterziehe. Die meisten der Einschränkungen seien richtigerweise zeitlich befristet. In der Corona-Pandemie auf besondere Gruppen zu schauen, betreffe junge und ältere Menschen oder Risikogruppen. Die sexuelle Orientierung dürfe hierbei eigentlich keine Rolle spielen. Es sei hier aber gleichwohl ein Kriterium, weil queere Menschen einer besonderen Verfolgung ausgesetzt seien, wie das Beispiel des lesbischen Paares, das im November 2020 in Pinneberg angegriffen wurde, zeige. Man wisse, dass es auch in Deutschland politische Gruppen gebe, die insbesondere queere Menschen verfolgten. Hinsichtlich des Antrags könne die Fraktion zum Beispiel die Forderung nach einem Runden Tisch mittragen, um die spezifischen Problemlagen zu beraten. Auch der Austausch mit den Ländern über Aktionspläne mit Blick auf Vielfalt und zur Bedarfsermittlung sei sinnvoll. Eine ganze Reihe von Punkten hingegen trage man nicht mit, beispielsweise die Überbrückungshilfen für Selbständige in Form eines Unternehmerlohns von 1.200 Euro zu erweitern. Es sei schwer zu erklären, warum es hier einer besonderen Regelung bedürfe. Auch für die Forderung nach passgenauen Zuschüssen für Clubs, Bars etc., um deren Überleben zu sichern, bedürfe es einer besonderen Begründung. Dieses Anliegen sei auch hinsichtlich der Darstellung gegenüber all denjenigen äußerst problematisch, die in der Corona-Krise ebenfalls entsprechende Probleme hätten. Was das Thema SGB VIII und Hilfen für Jugendverbände, Sozialarbeit und Investitionsprogramm für queere Jugendzentren angehe, so wolle man gerade keine separaten Treffs, sondern die Unterbindung dieser Diskriminierung. Insofern werde die Fraktion den Antrag insgesamt ablehnen.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, sie werde den Antrag ablehnen. Man sehe keine Notwendigkeit, eine spezielle Fokussierung auf die Geschlechtsidentität oder auf die geschlechtliche Ausrichtung vorzunehmen. Eine solche Fokussierung müsste dann auch mit Blick auf alle anderen Gruppen erfolgen, weil sicherlich jeder Bedarfe habe. Die Ausführungen der CDU/CSU-Fraktion zu den politischen Gruppen, die insbesondere Homosexuelle verfolgten, irritierten, da man der polizeilichen Statistik entnehmen könne, dass es keine politische Frage sei, die zu dieser Verfolgung führe, sondern eher eine kulturelle. Das sei erwähnt, um den mit dieser Äußerung unterschwellig erhobenen Vorwurf auszuräumen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, die Corona-Pandemie habe mit ihren starken Einschränkungen unzweifelhaft negative Auswirkungen auf die queere Community. Man unterstütze das Anliegen, diese spezifisch zu betrachten. Bestimmte Forderungen in dem vorliegenden Antrag seien grundsätzlich berechtigt, auch unabhängig von der Pandemie, so z. B. die Stärkung der Hirschfeld-Stiftung oder der Beratungsleistungen. Das solle man grundsätzlich tun, sodass es einer Begründung mit der Corona-Pandemie nicht bedürfe. Bestimmte andere Forderungen könne man aber nicht mittragen. Dazu zähle die Frage der Zahlung eines Unternehmer/innenlohns, welche an anderer Stelle insoweit bereits mehrheitlich entschieden worden sei, dass dies nicht als adäquates Mittel zur Bewältigung der Pandemie gesehen werde. Von der Schließung von Kultureinrichtungen und Lokalitäten sei nicht nur die queere Community betroffen, sondern das treffe allgemein zu. Ausnahmeregelungen dort seien deswegen schwer zu begründen, wengleich eine Unterstützung der Szene sinnvoll sei. Die SPD-Fraktion lehne den Antrag insgesamt ab.

Die **Fraktion der FDP** konstatierte, die Corona-Pandemie und auch der Lockdown fordere die LSBTIQ-Community ganz besonders. Insbesondere Beratungsangebote, CSD-Paraden, Jugendtreffs und auch Szene-Partys könnten nicht stattfinden. Damit fielen wichtige Schutzräume für eine sehr vulnerable Zielgruppe weg, auch mit entsprechenden Folgen, vor allem für diejenigen, die im persönlichen Umfeld nicht geoutet seien und die in diesen Schutzräumen tatsächlich eine Zuflucht suchten, um sich mit entsprechenden Peers frei austauschen zu können und so sein zu können, wie sie seien. Insofern führe es zu einer massiven psychischen Belastung, dass solche Räume im Lockdown zu einem großen Teil nicht vorhanden seien. Auch finanziell litten viele Szene-Magazine,

Clubs, Bars, Cafes und Vereine sehr darunter. Die Politik sei also gefragt, einerseits bei Förderungen genau hinzuschauen, dass diese flexibel gehalten seien, dass also auch andere Beratungsformate kein Grund seien, durch das Raster zu fallen. Insgesamt gehe die finanzielle Belastung weit über diese Community hinaus. Die gesamte Club-Szene und die Kreativwirtschaft seien betroffen. Die FDP fordere daher insgesamt eine deutliche Flexibilisierung der Überbrückungshilfen, schnellere Auszahlungen und eine verlässliche Öffnungsperspektive. Entsprechende Anträge dazu habe man vorgelegt. Aufklärung und Beratung sollte über die Pandemie hinaus für LSBTIQ weiter gestärkt werden. Insgesamt formuliere der Antrag der Fraktion DIE LINKE. ein wichtiges Ziel und enthalte einige gute Vorschläge. Bei der Stärkung der Club- und Kreativ-Szene gingen die Empfehlungen jedoch ein Stück weit an der Notwendigkeit vorbei bzw. griffen an einigen Stellen zu kurz. Insgesamt werde sich die FDP-Fraktion enthalten. Angesichts der derzeit ebenfalls im Bundestag geführten Diskussionen, die LSBTIQ-Community betreffend, bittet die FDP abschließend darum, fraktionsübergreifend intensive Debatten zu führen, wie man hier noch in dieser Legislaturperiode zu Ergebnissen kommen könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich eingangs den Ausführungen der FDP-Fraktion vor dem Hintergrund der derzeit im Bundestag laufenden Debatten an. Der vorliegende Antrag sei wichtig, zeige aber auch, dass die Frage von Schutzräumen und Infrastruktur noch einmal eine andere Bedeutung bekommen würde, wenn man es in dieser Legislaturperiode noch schaffe, Art. 3 Abs. 3 GG um die sexuelle Identität zu erweitern. Die Frage des Zugangs zum Gesundheitssystem sehe man auch unter den Corona-Bedingungen gerade für LSBTIQ-Betroffene in ihren Lebensrealitäten als schwieriger an. Dieser Aspekt sei für junge Menschen, die noch nicht geoutet seien oder durch ihre Eltern keine Unterstützung für ihr Outing erfahren oder auch für ältere Menschen am Arbeitsplatz sehr problematisch. Deswegen seien Räume und Zugänge unter Pandemie-Bedingungen besonders wichtig. Die Belastungen für junge Menschen, wie die Problematik der höheren Suizidalität und andere Dinge, die man im Ausschuss bereits des Öfteren besprochen habe, hätten in der Corona-Pandemie noch einmal zugenommen. Dies als Minderheiten-Thema abzutun sei problematisch. Deshalb seien die Forderungen der Fraktion DIE LINKE. besonders wichtig. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe eine sehr ähnliche Bewertung vorgenommen. Der in der letzten Woche vorgestellte ADS-Bericht habe gezeigt, dass die Anzahl der Anfragen bezüglich einer Diskriminierung in 2020 um 78 Prozent im Vergleich zum Jahr 2019 gestiegen sei. 4 Prozent dieser Anfragen erstreckten sich auf das Merkmal „sexuelle Identität“, eine Verdopplung im Vergleich zum Jahr 2019. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimme dem Antrag, wenn auch nicht in jedem einzelnen Punkt, insgesamt zu. Man halte das Anliegen für sehr richtig und wichtig.

Berlin, den 19. Mai 2021

**Marcus Weinberg (Hamburg)**  
Berichterstatter

**Susann Rüttrich**  
Berichterstatterin

**Nicole Höchst**  
Berichterstatterin

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-  
Neckar)**  
Berichterstatter

**Doris Achelwilm**  
Berichterstatterin

**Ulle Schauws**  
Berichterstatterin





